37. Jahrgang Nr. 303

Berliner

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 5. Juli 1919

Volks-Zeitung

Der westdeutsche Eisenbahnerausstand.

Lahmlegung des Verkehrs in Frankfurt und Hannover.

Der Eisenbahnerausstand in Westdeutschland hat sich noch weiter verschärft. In Frankfurt a. Main ist der gesamte Verkehr lahmgelegt, obwohl sich große Massen von Beamten und Arbeitern gegen den Streik ausgesprochen haben, in dem sie weniger eine wirtschaftliche, als eine rein politische Bewegung erblicken. Während in Hannover ebenfalls ein Streikbeschluß zustande gekommen ist, haben die Kasseler Eisenbahner eine Unterstützung der Bewegung abgelehnt. Aus den übrigen Teilen des Landes liegen keine Nachrichten vor. Zumindest dürfte es verfrüht sein, von der Gefahr eines Reichseisenbahnerstreiks zu sprechen.

Entscheidung in Frankfurt heute abend.

Verhandlungen der beiden Parteien.

Frankfurt a. M., 5. Juli. (Privat.)

In dem Streik der Eisenbahner ist bis jetzt keine wesentliche Aenderung eingetreten. Doch haben sowohl im Konferenzsaal des Hauptbahnhofes als auch im Gebäude der Eisenbahndirektion dringliche Verhandlungen stattgefunden, die noch nicht abgeschlossen sind. Heute abend wird es sich entscheiden, ob der Streik abgebrochen oder in verschärfter Form weitergeführt werden soll.

Die Beamtenschaft gegen den Ausstand.

Frankfurt a. M., 4. Juli.

Die heute vom Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten, Bundesbezirk Frankfurt am Main, einberufene Versammlung der Eisenbahnbeamten und Hilfsbeamten nahm eine Entschließung an, in der der hier ausgebrochene Teilstreik verurteilt wird, weil er den Gewerkschaftsgrundsätzen widerspreche und bei der jetzigen Notlage nicht als das geeignete Mittel angesehen werde, die berechtigten Forderungen der Eisenbahner zu unterstützen. Es wird die sofortige Durchführung des Mitbestimmungsrechts und die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung gefordert. Ferner werden sofortiger Preisabbau, Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers und des Schleichhandels, sofortiger Eintritt in Verhandlungen zur Regelung der Gehälter der Eisenbahner und Hilfsbeamten und schließlich das volle Koalitionsrecht für alle Eisenbahner verlangt.

In einer Versammlung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes stimmten die Versammelten einmütig für die Wiederaufnahme der Arbeit. Es wurde mitgeteilt, daß an verschiedenen Stellen die Streikposten sich grobe Ausschreitungen hätten zuschulden kommen lassen. Am Bahnhof hätten sie z. B. an Lokomotiven Sabotage verübt. Im Güterbahnhof seien Arbeitswillige mit roher Gewalt von den Streikenden gehindert worden.

Eine Demonstration der Arbeitswilligen.

Frankfurt a. M., 5. Juli.

Der Bahnhofsplatz war in den Abendstunden von einer großen Menschenmenge besetzt. Gegen 8 Uhr zogen die Beamten in einem langen Demonstrationszuge, in dem Schilder mit der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit getragen wurden, über den Platz. Der Zug wurde hier von den Streikenden mit Pfuirufen empfangen und in der Hohenzollernstraße kam es zu Tätlichkeiten. Vor der Eisenbahndirektion löste sich der Zug auf. Der Hauptbahnhof war von weit stärkeren Streikposten als sonst besetzt. Wer den Bahnhof betrat, mußte seinen Ausweis einer langen Kette von Kontrolleuren vorzeigen. Auch auf den Bahnsteigen ist die Kontrolle verschärft.

Die Lage in Hannover.

Hannover, 5. Juli.

Zur Streiklage teilt der Deutsche Eisenbahnerverband mit: Zurzeit ruht der Betrieb im allgemeinen. Nur einzelne Züge verkehren noch. Dem Vernehmen nach wird von heute mittag an alles stillstehen.

Die endgültige Entschließung über den Streik erfolgte gestern durch Abstimmung in den einzelnen Betrieben und Dienststellen, die zugunsten eines Streiks der Eisenbahnarbeiter ausfiel, so daß gestern abend um 6 Uhr in allen Betrieben der Eisenbahn die Arbeit niedergelegt wurde.

Die Kasseler gegen den Streik.

Kassel, 5. Juli.

Eine stark besuchte Eisenbahnerversammlung forderte gestern für den Direktionsbezirk Kassel die Demokratisierung der Eisenbahn sowie den Abbau der Preise für inländische Lebensmittel. Der Anschluß an den Frankfurter Streik wurde abgelehnt.

Schwere Ausschreitungen in Oberhausen.

Oberhausen, 5. Juli. (T. U.)

Auch hier ist es gestern zu schweren Ausschreitungen gekommen. Vormittags gegen 9 Uhr entstand auf dem Marktplatz ein Wortwechsel zwischen Käufern und Verkäufern wegen der hohen Lebensmittelpreise, wobei einige Verkaufsstände geplündert wurden. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her und nahm einige Personen fest. Infolge erneuter Menschenansammlungen schritt eine Militärpatrouille ein, die jedoch von der Menschenmenge umzingelt wurde. Einem Soldaten entriß man aus seinem Leibriemen eine Handgranate, durch deren Explosion einige Scheufenster zertrümmert wurden. Nunmehr machte die Wachtmannschaft von ihrer Waffe Gebrauch. Dabei wurden durch Handgranaten und Gewehrschüsse 10 Personen schwer und 22 leicht verletzt.

Die Ratifikation des Friedens.

Beginn der Verhandlungen am Mittwoch.

Wie die „B. P. N." an zuständiger Stelle erfahren, werden die Verhandlungen über die Ratifikation in der Nationalversammlung voraussichtlich am Mittwoch beginnen. Es werden dazu sprechen: Bauer und Hermann Müller. In einer längeren programmatischen Rede wird sich Hermann Müller vor allem mit der Rede Lloyd Georges im Unterhaus beschäftigen.

150 Millionen für die Kriegsgefangenen.

Berlin, 4. Juli. (W. T. B.)

Um den Kriegsgefangenen, die so Schweres erduldet, bei ihrem Uebertritt in das bürgerliche Leben eine Hilfe zu leisten hat sich die Reichsregierung aus eigener Entschließung bereitgefunden, 150 Millionen Mark auf Antrag des Reichsministers der Finanzen zur Verfügung zu stellen. Diesen Betrag erhält die „Kriegsgefangenen-Heimkehr", eine sich über ganz Deutschland bis in die kleinsten Orte erstreckende Organisation, als Reichszuschuß zu ihren eigenen, durch Sammeltätigkeit aufgebrachten Mitteln, um sie in zweckmäßiger Weise hilfsbedürftigen heimkehrenden Kriegsgefangenen nutzbar zu machen, insbesondere durch Beschaffung von Arbeitskleidung und Arbeitsgerät.

Die Auslieferung Helfferichs gefordert.

Amsterdam, 5. Juli. (T. U.)

Wie die „Times" aus Paris berichten, enthält die Liste der heute fälligen Persönlichkeiten, deren Stellung vor einen internationalen Gerichtshof von der Entente gefordert wird, einhundertsechsundsiebzig Namen. Unter ihnen befindet sich der frühere Vizekanzler Helfferich sowie der ehemalige Statthalter von Elsaß-Lothringen, Dallwitz.

Der Ozeanflug. Aus St. Johns meldet Reuter: Das Luftschiff „R 34" hat um 8 Uhr morgens die Notre-Dame-Bucht passiert und trifft in St. Johns am Mittag ein.

Die Schweiz verschärft die Einbürgerungsbestimmungen. Nach einer Meldung der schweizerischen Depeschenagentur liegt ein Neuer Gesetzentwurf des Bundesrates bis zu einer Neuregelung der Einbürgerungsgesetzgebung verschärfte Aufenthaltsbedingungen für die Einbürgerungsbewerber vor. Diese müssen im Laufe der dem Gesuch vorausgehenden zwölf Jahre während wenigstens sechs Jahren — davon ein Jahr unmittelbar vor Einreichung des Gesuches — in der Schweiz tatsächlich gewohnt haben. Ueber die Gesuche von Bewerbern, die erst seit Kriegsausbruch in der Schweiz wohnen, wird nach Erledigung des Gesetzentwurfes entschieden werden.

Um die Auslieferung Wilhelm II.

Der Beifall der englischen Presse.

Rotterdam, 4. Juli.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, es sei bezeichnend, daß die Stelle in Lloyd Georges Rede, die von der Auslieferung des Deutschen Kaisers in London handelte, den größten Beifall gefunden habe. In den Zeilen, die die englische Presse dieser Erklärung widme, sei deutlich zu bemerken, wie sehr sich die Phantasie des englischen Volkes mit der Aburteilung des Kaisers beschäftige.

Amsterdam, 4. Juli.

Das Organ der niederländischen sozialistischen Arbeiterpartei „Het Volk" schreibt zur Frage der Bestrafung des vermutlichen Deutschen Kaisers wenn man gerecht sein wolle, so könne man ihn nicht für den Anstifter des Krieges halten. Denjenigen, die sich zu Richtern des Kaisers aufgeworfen hätten, fehle jegliche sittliche Berechtigung dazu. Der Kaiser möge ein unbedeutender oder gar ein schlechter Fürst gewesen sein, aber die Staatshäupter der Entente hätten auch nichts getan, wofür ihnen die Geschichte Lob spenden werde. Sowohl der Weltfriede von Leuten wie Clemenceau, Wilson und Lloyd George abhängig sei, sei er keine Stunde lang gewährleistet.

Eine amerikanische Milliardenanleihe.

New-York, 5. Juli. (T. U.)

Die New-Yorker „Times" melden: Die Börse stand unter dem Eindruck von Berichten über den bevorstehenden Abschluß einer amerikanischen Milliardenanleihe für Deutschland.

Der internationale Demonstrationsstreik. Aus Paris wird gemeldet: Die internationale Demonstration eines fünftägigen Streiks wird in Frankreich und Italien am 29. Juli stattfinden.

Hindenburgs Rückkehr nach Hannover. Donnerstag abend 11 Uhr traf Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf dem Bahnhof von Hannover ein. Zu seinem Empfang waren Vertreter des Magistrats und der Behörden anwesend. Bürgermeister Dr. Weber hielt eine Ansprache auf die Hindenburg antwortete. Der Feldmarschall setzte die Fahrt nach seinem von der Stadt Hannover errichteten neuen Heim in der Seelhorststraße fort. Anläßlich einer Kundgebung der Studentenschaft vor der Wohnung des Generalfeldmarschalls hielt dieser eine weitere Ansprache.

Die Unruhen in Italien.

Der revolutionäre Charakter der Bewegung.

Amsterdam, 5. Juli.

Laut „Telegraaf" melden „Times" aus Mailand: Die Erregung der Bevölkerung über die Teuerung breitet sich von den Distrikten Romagna, Emilia und von Toscana aus allmählich über die anderen Provinzen aus und hat hier und da zu ernsten Unruhen geführt. In Imola bei Bologna wurden drei Personen getötet und viele verwundet. Die Gewalttätigkeiten und Plünderungen nehmen in der Romagna und Emilia einen ernsten Charakter an. Die Macht ging nahezu vollständig in die Hände der örtlichen Sozialistengruppen und der republikanischen Vereinigungen über. Sie haben die Kontrolle über den Verkauf der Lebensmittel übernommen. Agenten dieser Vereinigungen mit roten Binden um den Arm haben auf den Wegen nach der Stadt Posten gefaßt, halten die Bauernwagen an, setzen die Lebensmittelpreise fest und beaufsichtigen den Markt. Diese Agenten benutzen auch alle Automobile, die sie auftreiben können, in Beschlag, begeben sich damit auf das platte Land und requirieren überall. Die Preise sind ungefähr auf die Hälfte herabgesetzt. Alle Bevölkerungsklassen unterstützen diese Bewegung.

Bern, 4. Juli.

Nach weiteren Zeitungsmeldungen wurden auch in Ravenna Läden gestürmt und geplündert. In Imola, wo es sieben Tote gab, wurde auf dem Dom die rote Flagge gehißt.

In Genua ist es am Donnerstag wieder zu Zusammenstößen mit französischen Soldaten gekommen. Die Franzosen flüchteten schließlich in einen Versammlungsraum amerikanischer Truppen. Die „Perseveranza" bemerkt dazu, daß das innerhalb weniger Tage der zweite derartige Zwischenfall in Genua sei.

Nach Aufhebung der Zensur kann heute der „Avanti" mitteilen, daß bei den vor drei Wochen in Spezia ausgebrochenen Unruhen die Marinetruppen sich weigerten, die Schiffe zu verlassen. Als man darauf Artillerie auffuhr, verbrüderte diese sich mit der Menge, so daß sie in die Kaserne zurückgebracht werden mußte.

Clemenceaus Reise ins Kampfgebiet.

Rücksendung unserer Gefangenen Mitte Juli

Genf, 5. Juli. (T. U.)

Von mehreren Generalen begleitet, begibt sich Clemenceau morgen in die am meisten verwüsteten Gebiete Frankreichs, um sich über die Wiederherstellungspläne, Arbeitskräfte und Kosten der Wiederherstellung zu unterrichten. Ferner will er die Pläne für die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen überprüfen. In der zweiten Julihälfte soll die Heimsendung beginnen.

Der streikende Bratianu.

Rumänien im Schmollwinkel.

Bern, 4. Juli.

Bratianu hat auf der Durchreise von Paris nach Bukarest dem „Exchange Pressebureau" über die Umstände seiner Abreise von Paris folgende Erklärung übermittelt: „Die Friedenskonferenz in Paris hat den Vertrag nicht berücksichtigt, durch den die Alliierten die nationalen Ansprüche Rumäniens, für welche Rumänien den Krieg erklärte, anerkannten. Sie hat im Banat eine Grenze festgesetzt, die die wirtschaftlichen Interessen und die politische Sicherheit Rumäniens scharf verletzt. Andererseits wollen die Großmächte Rumänien in wirtschaftlicher Hinsicht und in der Frage der nationalen Minderheiten Verpflichtungen auferlegen, die mit den Interessen und der Würde eines unabhängigen Staates nicht vereinbar sind."

Angesichts dieser Lage hat die rumänische Regierung Bratianu ersucht abzureisen, um eine endgültige Entscheidung treffen zu können.

Die Weigerung Chinas.

Stockholm, 4. Juli.

Wie „Aftonbladet" aus Paris erfährt, hat die Weigerung der chinesischen Friedensdelegation, den Frieden von Versailles zu unterzeichnen, die Spannung zwischen China und Japan sehr verstärkt. In ganz China wird gegenwärtig ein Boykott gegen japanische Waren organisiert, wobei sich Süden und Norden einig zeigen. Es kommt in China eine nationalistische Bewegung zu herrschen, wie sie sich niemals vorher in gleichem Umfang gezeigt hat. Baron Goto, Mitglied des japanischen Rates für auswärtige Politik, ist in besonderem diplomatischen Auftrage in Paris eingetroffen.

Schlesien ist deutsch!

Englisches Zeugnis.

Amsterdam, 4. Juli.

Den englischen Blättern vom 2. d. M. zufolge hat die Regierung am 1. Juli ein Weißpapier mit weiteren Berichten britischer Offiziere über die wirtschaftliche Lage in Deutschland veröffentlicht. In diesen Berichten wird die politische Ruhelosigkeit hauptsächlich auf die Unterernährung und den Hunger zurückgeführt, die unvermeidlich zum Bolschewismus führten. Ueber Schlesien berichtete die britische Kommission, daß es eine wundervolle kleine Provinz mit ordnungsliebender, hart arbeitender und moralisch gesunder Bevölkerung sei. Das ganze Land bis